Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3. Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr. Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 590. Abendblatt. Mittwoch, den 16. Dezember 1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Vierundzwanzigste Sitzung vom 15. Dezember.

Präsident v. Forckenbeck eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Am Ministertische: v. Mühler und Geheime Rath Knerck.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Vorberathung des Etats des Kultusministeriums pro 1869.

Zu dem Kapitel „Oeffentlicher Unterricht" spricht Abg. Lasker über das Recht des Staates zur Genehmigung der Errichtung höherer Lehr-Anstalten. Der Staat behandelte die Sache etwa so, wie das Polizei-Präsidium die Erlaubniß zu den Bauten ertheile. Der Staat habe in seinen Händen die Prüfung der Lehrer, die Disziplin, die Bestätigung der Direktoren zc. Der Redner verweist auf die Vorgänge in Kassel und Breslau, in Frankfurt a. O., wo der Kultusminister gedroht habe, einer Realschule ihre Rechte zu entziehen, wenn sie nicht den von ihm vorgeschriebenen Besoldungs-Etat annehme. In Frankfurt a. M. bestehe eine höhere jüdische Schule, die so vortrefflich geleitet werde, daß ihre Schüler das Recht zum einjährigen Militärdienst haben, aber mit der Beschränkung, daß christliche Schüler das Recht nicht haben. (Hört! Hört!) Der Redner theilt noch mehrere Fälle dieser Art aus Elbing, Posen zc. mit. In Berlin tauche plötzlich eine Frage auf, die neu ist; die Staatsbehörde nehme das Bestätigungsrecht für die Mitglieder der Schul-Deputation in Anspruch. Ueber die innere Einrichtung der Schulen wolle er nicht sprechen, weil das Unterrichtsgesetz vorliege. Ueber das Flügge'sche Lesebuch sei schon gesprochen. Die Werke der Klassiker seien in den Regulativen als Unterrichtsmittel verboten; solche Dinge wurden einfach durch eine Verfügung eingeführt. Aus vielen Kreisen und Ortschaften seien Klagen an ihn ergangen, daß unter den Versuchen der Regierung, die Gelder zu reguliren, die Lehrer oft erheblichen Schaden erleiden. In Hannover werde einzelnen Gemeinden ein Etat aufgedrängt, der mit dem Gesetz und den natürlichen Verhältnissen im Widerspruch stehe zc. In Bezug auf die Disziplin beständen in einzelnen Bezirken Verfügungen, durch welche die Ortsvorsteher aufgefordert werden, Denunziationen über das Verhalten der Lehrer an die vorgesetzte Behörde einzureichen. Dadurch werde den Lehrern ihr Beruf verleidet, sie hätten keine Freude mehr an ihrem Beruf. Eine Folge dieser Eingriffe sei der Unmuth der Behörden, Unzufriedenheit der Lehrer und der Unwille zu zahlen, so daß der Zustand sich immer mehr verschlechtere. Die Folge davon sei, daß das ganze Land gelechzt habe nach einem Schulgesetz, wie die Mühle nach Wasser. Endlich erscheine das Gesetz, aber welche Enttäuschung habe dasselbe im ganzen Lande hervorgerufen; selbst im Herrenhause habe dasselbe keine Annahme gefunden. Dasselbe legte der Regierung noch mehr Rechte bei, von Selbstverwaltung der Gemeinden war darin keine Rede. Die Regierung habe damit gezeigt, daß sie nicht einmal die Bedürfnisse des Landes verstehe. Das Land protestire gegen das Zeugniß der Unmündigkeit, die ihm aufgedrängt werden solle. Darin liege die Erregung, welche durch das ganze Land gehe. Es sei keine künstlich gemachte Erregung, sondern das Bild, was er gezeigt habe, sei wohl geeignet, die Gemüther mit Betrübniß und Bekümmerniß zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. Dr. Karsten klagt über die Mangelhaftigkeit des Unterrichts in physikalischen und mathematischen Gegenständen auf den höheren Lehranstalten. Das öffentliche Leben erfordere die Ausbildung des Volkes in einer Anzahl von Real-Gegenständen. Der Reichstag habe eine neue Maß- und Gewichts-Ordnung nach Dezimalrechnung angenommen; das Volk trete diesem Gesetze wegen des mangelhaften Unterrichts unreif entgegen.

Kultusminister v. Mühler: Was den ersten Theil der Ausführungen des Abg. Lasker anlangt, so würde es sich sehr leicht beweisen lassen, daß die von ihm angeführten Spezialitäten zum Theil auf sehr ungenauen Mittheilungen beruhen; ich würde ihm nachweisen können, daß ein Theil derselben auf thatsächlichem Irrthum beruhe. Ich würde mich dagegen verwahren können, daß schwebende Sachen als Grund von Anklagen angeführt werden und ich würde endlich auch nachweisen können, daß dem Redner in einzelnen Punkten die Gesetzgebung in ihrer Totalität nicht gegenwärtig gewesen ist. Indessen glaube ich mich mit ihm in Uebereinstimmung zu finden, wenn ich mich auf die Spezialitäten nicht weiter einlasse. Der Vorredner sprach von der Mißstimmung im Lande und von den Gründen, welche derselbe hervorgerufen. Er findet den Grund derselben darin, daß die Regierung nicht eine Organisation geschaffen habe, welche der Selbstverwaltung die entsprechende Thätigkeit gestatte, und daß die Regierung der Selbstthätigkeit der Organe der Selbstverwaltung in kleinlicher Weise etngegentrete. Wären diese Behauptungen in ihrer Totalität gegründet, so würden seine Folgerungen richtig sein. Das ist aber nicht der Fall. Betrachten Sie die Gegenstände, welche zu Differenzen zwischen der Regierung und den Gemeinden geführt haben, so treten mir hauptsächlich zwei Momente entgegen, in denen sich solche Mißstimmung kundgegeben hat. Das eine Moment betrifft die Erhöhung der Lehrergehälter auf dem Lande. Eine Abneigung der Landgemeinden ist vielfach hervorgetreten, und es ist vielleicht auch in einzelnen Fällen mit Härte verfahren worden. Im Großen und Ganzen aber kann ich diese Behauptung nicht als richtig ansehen. Im Großen und Ganzen sind die Behörden mit großer Einsicht zu Werke gegangen. Es war eine zwingende Nothwendigkeit für die Staatsregierung, mit der richtigen Verwendung ihrer Mittel gleichzeitig auch die Leistungsfähigkeit der Gemeinden in Anspruch zu nehmen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Herbeischaffung dieser Mittel nicht erfolgt wäre, wenn die Regierung nichts darin gethan, sondern es der Selbstverwaltung überlassen hätte. (Sehr wahr!) Die Regierung muß die Unpopularität dieser Maßregel auf sich nehmen, sie thut es aber mit gutem Gewissen. (Bravo!) Der zweite Grund der Mißstimmung ist zu finden in denjenigen Konflikten, welche zwischen der Staatsregierung und den Gemeinden ausgebrochen sind. Die Summe dieser Differenzen ist von der Presse viel zu hoch angegeben. Daß es in einem so großen Staate wie Preußen zu Differenzen kommen kann, wird Jeder einsehen. In den letzten Monaten sind die Differenzen in sehr ruhiger Weise ausgeglichen worden und ich muß anerkennen, daß die großen Kommunen sehr große Opfer für das Schulwesen nicht gescheut haben. In den letzten Zeiten sind die Differenzen größer geworden, weil die Kommunen Ansprüche erhoben haben, die über die bestehende Rechtsordnung hinausgehen. Das Bestätigungsrecht und die Handhabung der Disziplin beruhen auf gesetzlichen Bestimmungen und die Frage wegen Organisation der Schulen wird von der Staatsregierung ebenfalls auf Grund einer Rechtsordnung entschieden. Die Vorlage des Unterrichtsgesetzes ist erfolgt auf Beschluß des Abgeordnetenhauses. Wenn der Abg. Lasker auf der Ablehnung des Gesetzes durch die Kommission des Herrenhauses einen Schluß auf die Schlechtigkeit der Vorlage zieht, so geht er dabei nicht ganz logisch zu Werke, denn die Zurückweisung beruht auf ganz andern Motiven, als die von ihm angeführten. (Sehr richtig.) Es würde sich daraus beweisen lassen, daß der Gesetzentwurf gerade seiner Ansicht näher steht. (Sehr wahr!) Die gegenwärtigen Vorlagen enthalten Fragen, welche unmittelbar auf dem praktischen Bedürfnisse beruhen, und welche deshalb eine Verständigung zwischen den drei Faktoren als möglich erscheinen lassen. Das ist der Grundgedanke und das Grundmotiv, von dem aus die Vorlage der gegenwärtigen Gesetzgebung erfolgt ist. Wären prinzipielle Fragen in das Gesetz mit hineingezogen, so würde schwerlich eine Einigung über das praktische Bedürfniß erfolgen. Die Wichtigkeit der Frage der Selbstverwaltung verkenne ich nicht; auf dem Lande siud viel Schulvorstände vorhanden, die aber im Großen und Ganzen bei weitem nicht das geleistet haben, was sie leisten sollten. In den Städten sind den Gemeinden auch bereits innere Schulangelegenheiten anvertraut. Die Klagen über die Regulative sind ein überwundener Standpunkt, der bereits Remedur erfahren hat. Das Schulwesen habe sich in den letzten Jahren erheblich gehoben, wie der Minister zum Schluß durch Zahlen nachweist.

Abg. Gleim befürwortet die Anstellung eines katholischen Schulraths in Nassau.

Kultus-Minister: Dies ist nach dem Etatsverhältniß nicht möglich. Die Regierung aber wird Mittel schaffen, daß die Vertretung der katholischen Schule im Schul-Kollegium gesichert wird.

Abg. Dr. Virchow: In Beziehung auf das Schulgesetz will ich mir nur die Bemerkung erlauben, daß, wenn der Minister bei dem praktischen Bedürfnisse so sehr die Noth der Lehrer betont, von diesem praktischen Bedürfnisse aus die Noth der Schulen und der Schüler noch weit größer ist. (Sehr richtig!) Es wird aber auf dem Gebiete der Kultusverwaltung über die Vielregiererei und Hierarchie in einer Weise geklagt, wie auf keinem andern. Niemand kann bestimmt sagen, von wem eine Entscheidung ausgeht, ob von der Regierung, ob von der Geistlichkeit, ob von den Schulkollegien. Seit einer Reihe von Jahren ist Berlin immer das Versuchsfeld gewesen, wo neuere Maßregeln eingeführt und dann auf das Land ausgedehnt wurden. Die Vermischung der Aufsichtsbehörden veranlaßt vollständige Willkür und Umgehung des Gesetzes. Wir müssen dahin kommen, daß die Regierung, die die Oberaufsicht über die Schule hat, sich um den Religions-Unterricht gar nicht kümmert, schon darum, weil die Entwickelung der Wissenschaft der Art ist, daß die betreffenden Räthe gar kein Verständniß mehr haben können für solche Dinge. Der Grund davon liegt darin, daß gerade die jetzigen Theologen am allerwenigsten universelle Bildung haben, daß sie ihren eigenen, sehr beschränkten Gesichtskreis haben, woher es auch wohl kommen mag, daß der Dr. Wantrup sich mit mir nicht verständigen kann. Jede Kirche, die ihre Dogmen gegen das Wissen aufrecht erhält, schadet sich am Meisten, das lehrt die ganze Entwickelung der Wissenschaft. Der Kampf des Glaubens und des Wissens wird jedesmal entschieden im Sinne des Wissens. (Bravo!) Der Staat muß die Einwirkung auf den Religions-Unterricht aufgeben, das ist der verfassungsmäßige Standpunkt, auf diesem Standpunkte beruht die wahre Parität. (Bravo!)

Der Kultus-Minister widerlegt abermals eingehend die Ausführungen des Vorredners. Man sollte nicht leichtfertige Urtheile fällen. So spezifisch technische Fragen können in einem gesetzgebenden Körper nicht gelöst werden. (Sehr richtig!) Es ist leicht, durch die Gesetzgebung kategorische Aussprüche zu thun, aber es ist sehr schwer, daß solche allgemeine Aussprüche nun auch dem Leben wirklich Frucht und Heilung zu bringen. Es muß daher eine sehr große Zurückhaltung beobachtet werden. Man erwarte von dem Unterrichtsgesetze, daß es wie ein Zauberwerk alle Schwierigkeiten mit einem Male beseitigen soll. Möge beschlossen werden, was da wolle, die Folgen davon hat kein Beschluß der Landesvertretung in der Gewalt, die Folgen davon werden gespürt in den Gemüthern der Kinder. (Beifall!)

Abg. Dr. Wantrup wendet sich zu einer Widerlegung Dr. Virchow's. Was die Berichte über das Verhalten der Lehrer anlange, so muß doch eine gewisse Aufsicht stattfinden; Stammgäste im Wirthshause dürfen die Lehrer nicht sein; denn dadurch verbessern sie ihre Verhältnisse nicht. Die Rede Lasker's hätte viel Pathos, aber man werde zugestehen, daß viele Fettaugen auf der Brühe dieselbe noch lange nicht kräftig machen. (Heiterkeit.) Die von demselben gerügte Unbeständigkeit in der Verwaltung habe in der Decentralisation seinen Grund. Er (Redner) mache weder aus Prinzip noch aus Neigung ein Geschäft aus dem Betrügen. (Beifall.)

Die allgemeine Besprechung dieses Kapitels ist geschlossen.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. Se. Majestät der König haben Allerhöchstsich heute Morgen 8 Uhr auf der Görlitzer Bahn zur Jagd nach der Königswusterhauser Forst begeben und kehren Morgen Abend hierher zurück. In der Allerhöchsten Begleitung befanden sich der Kronprinz und Prinz Georg von Sachsen, die Prinzen Albrecht und Prinz Friedrich Karl, der Ministerpräsident Graf v. Bismarck, die Minister v. Roon, v. Selchow und der Königliche Hausminister v. Schleinitz, als mehrere andere Notabilitäten. Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz Karl und der Prinz August von Würtemberg nahmen wegen Unwohlseins an der Jagd nicht Theil.

— Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz und der Prinz Georg von Sachsen sind gestern Abend halb 9 Uhr auf der Anhaltischen Bahn von Dresden hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen. Im Höchsten Gefolge befanden sich die persönlichen Adjutanten v. Vitzthum und v. Moncbé. Bald nach höchstem Eintreffen erschienen die hohen Gäste bei den Majestäten zum Thee.

— Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht ist heute früh zur Hofjagd nach Königs-Wusterhausen abgereist.

— Die am 10. d. M. im Schlosse Bellevue getaufte Herzogin von Mecklenburg, Tochter Sr. Hoheit des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg und Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Herzogin, geborenen Prinzessin Alexandrine von Preußen, hat den Hauptnamen Charlotte erhalten, zur Erinnerung an die verewigte Schwester der Herzogin Wilhelm, der am 30. März 1855 verstorbenen Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen. Die Taufhandlung wurde durch den Hofprediger Dr. Kögel vollzogen.

— (Post.) Herr Vilbort, der bekannte Reisende des Pariser „Siècle", der sich durch die Unterredungen, welche ihm 1866 Herr v. Bismarck bewilligte, einen Namen gemacht hat, liefert in einem längeren Artikel, den er in der „Revue moderne" unter dem Titel: „Deutschland seit Sadowa", veröffentlicht, einen Nachtrag zu seinen damaligen Berliner Erinnerungen. Seiner überflüssigen Reflektionen entkleidet, läuft derselbe auf Folgendes hinaus: Am 7. August — so erzählt Herr Vilbort — nahmen wir Abschied von Herrn von Bismarck, bei dem wir vor, während und nach dem Kriege beständig die beste Aufnahme gefunden. Gegen 10 Uhr Abends befanden wir uns im Kabinet des ersten Ministers, als man Herrn Benedetti, den französischen Gesandten, meldete. „Nehmen Sie eine Tasse Thee im Salon", sagte mir Herr v. Bismarck, ich werde Ihnen im Augenblicke angehören." Zwei Stunden vergingen; es schlug Mitternacht, ein Uhr. Etwa zwanzig Personen, die Familie und genaue Freunde, erwarteten den Hausherrn. Er erschien endlich mit heiterer Stirn und einem Lächeln auf den Lippen. Man nahm den Thee, rauchte und trank Bier nach deutscher Sitte. Die Unterhaltung wandte sich, leicht oder ernst bald auf Deutschland, Italien und Frankreich. Gerüchte von einem Kriege mit Frankreich liefen damals zum zehnten Male in Berlin um. Im Augenblick des Abschieds sagte ich: „Herr Minister, wollen Sie mir eine sehr indiskrete Frage gestatten? Nehme ich den Krieg oder den Frieden mit nach Paris? Herr v. Bismarck antwortete lebhaft: „Die Freundschaft, eine dauerhafte Freundschaft mit Frankreich! Ich hege die feste Hoffnung, daß Frankreich und Preußen in Zukunft den Dualismus der Intelligenz und des Fortschritts darstellen werden." Es schien uns indeß, als überraschten wir bei diesen Worten ein seltsames Lächeln auf den Lippen eines Mannes, der bestimmt ist, in der preußischen Politik eine bedeutende Rolle zu spielen, des Geh. Rathes Baron v. *** (Keudell?). Wir suchten ihn den anderen Morgen auf und gestanden ihm, wie sehr uns dieses Lächeln zu denken gegeben hätte. „Sie reisen diesen Abend nach Frankreich ab", sagte er; „nun wohl, geben Sie mir Ihr Ehrenwort, bis Paris das Geheimniß zu bewahren, das ich Ihnen anvertrauen will. Ehe 14 Tage vergangen sind, werden wir den Krieg am Rhein haben, wenn Frankreich auf seinen Gebietsforderungen beharrt. Es verlangt von uns, was wir nicht geben können noch wollen. Preußen wird nicht einen Zoll breit deutschen Bodens abtreten, wir könnten es nicht, ohne ganz Deutschland gegen uns zum Aufstand zu bringen, und wenn es sein muß, mag es sich lieber gegen Frankreich als gegen uns erheben."

Frankfurt, 14. Dezember. Heute Morgen wurde der letzte Bürgermeister der ehemals freien Stadt Frankfurt, welcher seine Amtszeit völlig ausgehalten hatte, Herr Senator Doktor Gewinner, zur Erde bestattet.

Hamburg, 15. Dezember. Das Dampfschiff „Germania", von Newyork, ist diesen Morgen um 8 Uhr elbaufwärts gegangen, jedoch wegen Nebels noch nicht hier eingetroffen.

Malchin, 14. Dezember. Ein Reskript der mecklenburg-schwerinschen Regierung eröffnet, daß wegen der Berechtigung der Schüler der Rostocker Stadtschule, welche 1872—73 militärpflichtig werden, zum einjährigen Dienste Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramte eingeleitet seien. Die Berechtigung der genannten Schule zur Ausfertigung derartiger Zeugnisse war bisher nicht anerkannt worden, weil der Rostocker Magistrat die Bestätigung der Lehrer durch die Regierung zurückweist.

Ausland.

Wien, 15. Dezember. Die „Wiener Abendpost" sieht sich veranlaßt, gegen den Ton der offiziösen preußischen Blätter in Bezug auf Oesterreich zu polemisiren, sowie der Nachricht entgegenzutreten, es seien von Paris und London aus dem österreichischen Kabinet über die Erregtheit Vorstellungen gemacht worden, mit welcher dasselbe die orientalischen Angelegenheiten behandele.

Paris, 15. Dezember. Bei der im Departement Côtes du Nord vollzogenen Wahl eines Deputirten für den gesetzgebenden Körper hat der Kandidat der Regierung, Calvez, die Majorität erhalten.

London, 15. Dezember. Wie verlautet, wird an Stelle des Earl Mayo der Marquis Salisbury zum Vicekönig von Indien ernannt werden.

— Im Unterhause wurden heute zahlreiche Resolutionen, Gesetzesvorlagen und eine Interpellation über die inneren Angelegenheiten eingebracht; alsdann vertagte sich das Haus bis zum 29. Dezember. Das Oberhaus ist bis zum 11. Februar vertagt.

— Lord Clarendon hat beim Empfange der fremden Diplomaten sich dahin ausgesprochen, die Aussichten für die Erhaltung des Friedens seien überwiegend und Griechenland würde nachgeben, indessen würden die Verhandlungen noch eine Zeitlang fortdauern, um die Empfindlichkeiten der Griechen zu schon.

— Das Parlament wurde heute durch eine Kommission mit folgender Rede eröffnet: Mylords und Gentlemen! Wir haben von Ihrer Majestät den Befehl erhalten, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß seit der Zeit, als Ihre Majestät es für recht erachtete, Sie zur Erwägung vieler bedeutenden und wichtigen Angelegenheiten zusammen zu berufen, in dem Hause der Gemeinen durch den Umstand, daß Mitglieder dieses Hauses von der Krone Aemter annahmen, mehrere Sitze erledigt sind. Es ist daher der Wunsch Ihrer Majestät, daß genügende Zeit gegeben werden möge, um die nothwendigen Wahlen zu veranlassen und die entstandenen Vakanzen auszufüllen, und daß Sie, sobald dies geschehen, an die Erwägung derjenigen Angelegenheiten gehen mögen, welche Ihnen werden vorgelegt werden.

Stockholm, 8. Dezember. Die preußische Brigg „Albert Friedrich", Kapitän Rubarth, stieß am 27. Sept. d. J. in den Stockholmer Stären auf den Grund, indem der an Bord befindliche Lootse das Fahrwasser nicht kannte, und litt solchen Schaden, daß

die Ausbesserung desselben 4168 Rdlr. erforderte. In dieser Sache ist nunmehr das Urtheil so ausgefallen, daß der an Bord befindliche Lootse, ein Lehrling, welcher durch seine Ungeschicklichkeit das Unglück veranlaßt hat, zu 2monatlicher Gefängnißstrafe, der eigentliche Lootse aber, welcher an der Reihe war, die Führung der Brigg zu übernehmen, zu einer Geldstrafe von 400 Rdlr. und beide zur gänzlichen Schadloshaltung des Schiffers verurtheilt worden sind.

Pommern.

Stettin, 16. Dezember. Aus der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung berichten wir Folgendes: Der Herr Vorsitzende theilte zunächst das Gesammt-Resultat der diesjährigen Stadtverordneten-Ersatzwahlen, wie solches bereits aus unsern Spezial-Referaten bekannt ist, mit. Danach haben 13 Wieder- und 8 Neuwahlen stattgefunden. — Hiernächst berichtete Herr Dr. Sievert über eine Vorlage des Magistrats, betreffend die Errichtung „wissenschaftlicher Lehrkurse für die Elementar-Lehrer". Die Vorlage ist dadurch motivirt, daß die Seminarbildung für die Lehrer an unseren städtischen Schulen nicht mehr ausreichend sei. In derselben wird anerkannt, daß die Errichtung eines solchen Instituts auf mannigfache Schwierigkeiten stoßen werde, was schon in den Verhältnissen eines großen Theiles der Lehrer liege, indessen rechne man vorzugsweise auf die Betheiligung der jüngeren Lehrer. Es sollen den Lehrern auch keine populären Vorträge gehalten werden, sondern dieselben sind auf ausgedehnte eigene Thätigkeit angewiesen, wobei es sich von selbst versteht, daß sie für erhöhete Leistungen dann auch Anspruch auf höhere Besoldung haben. Der Unterricht soll sich in vier Gruppen auf Deutsch, Französisch, Geographie, Geschichte, Chemie, Physik, Mathematik und beschreibende Naturwissenschaft in einem dreijährigen Kursus erstrecken, wobei es den betreffenden Lehrern freisteht, an welcher Unterrichtsgruppe sie Theil nehmen wollen. Die jährlichen Kosten des Unterrichtes sind auf 610 Thlr. veranschlagt und wurde die Vorlage Seitens der Versammlung in ihrem ganzen Umfange genehmigt. — Dieselbe erklärte sich ferner mit dem künftigen Fortfalle der für das städtische Waisenhaus alljährlich veranstalteten Hauskollekte einverstanden. — Es wurden bewilligt: 1) für Anschaffung eines Bunsen'schen Photometers zu Lichtmessungen am städtischen Brenngase 90 bis 100 Thlr.; 2) zur Aufstellung einer Petroleum-Laterne am Ziegenthor 15 Thlr. (für deren Speisung jährlich 11 Thlr.); 3) zur Aufstellung von 3 Petroleum-Laternen an der Galgwiese 45 Thlr. (für deren Speisung jährlich 33 Thlr.); 4) zur Aufstellung von 2 Gaslaternen Behufs besserer Beleuchtung des Löschplatzes hinter dem Schlachthause 40 Thlr.; 5) zur Herstellung von 655 laufendem Fuß Zaun an der Gasanstalt 655 Thlr.; 6) zur Aufnahme einer Oderuferkarte (außer den bereits bewilligten 200 Thlr., noch 155 Thlr.), unter der Bedingung, daß der Magistrat etwa vorkommende Grenzstreitigkeiten unmittelbar selbst regulirt und diese Arbeit nicht dem Vermessungs-Beamten überläßt; 7) zur Revision sämmtlicher bei der städtischen Feuersozietätskasse versicherten Gebäude in Bezug auf etwa später angelegte, nicht konsentirte feuergefährliche Anlagen 700 Thlr. Die durch drei Bauverständige auszuführende Revision soll binnen Jahresfrist beendet sein, indessen haben die Revisoren alle 4 Wochen über den Fortgang des Geschäfts Bericht zu erstatten. — Ein Gesuch des Försters Pollehn in Wussow wegen Erlaß von Landpacht wurde dem Magistrat zur abschlägigen Bescheidung überwiesen. Ein Gleiches war bezüglich des Gesuches des Restaurateurs Tincauzer der Fall, welcher beantragt hatte, ihm bei seinem Gaskonsum eine Bonifikation von 10 pCt. zu gewähren. Bei dieser Gelegenheit beantragte Hr. Dr. Meyer: Den Magistrat zu ersuchen, sich über die Zulässigkeit einer baldigen Ermäßigung der Gaspreise überhaupt zu äußern, da die Erledigung dieser Angelegenheit, wie es in der Absicht liege, unmöglich bis zur projektirten Steuerreform verschoben werden könne. Hr. Reimarus schließt sich diesem Antrage an, da bei den jetzigen Gaspreisen durch Verringerung der Gaskonsumenten unbedingt eine erhebliche Einbuße für die städtische Gasanstalt zu befürchten sei. Er meint, daß durch Ermäßigung der Gaspreise sich der Konsum von selbst mehren werde. Herr Dr. Wolff tritt der Ansicht des Vorredners bei; er habe neuerdings vielfache Beschwerden über die Güte des Gases und u. A. auch gehört, daß man mit der Absicht umgehe, in der Druckerei der „Ostseezeitung" das Gas ebenfalls abzuschaffen. Ob durch Ermäßigung der Gaspreise ein vermehrter Konsum und eine größere Einnahme erzielt werde, wie Herr Reimarus meine, wisse er allerdings nicht, er wünsche aber, die Angelegenheit dem Magistrat zur näheren Erwägung überwiesen zu sehen. Hr. Stadtrath Bock findet es auffällig, daß überall, nur nicht bei der Gas-Kommission selbst, Beschwerden über die Güte des Gases einlaufen und bittet, daß Jeder, dem Beschwerden zugehen, die Beschwerdeführer an die Kommission verweisen möge. Herr Dr. Meyer betont, daß ihm kein anderes als das städtische Interesse bei seinem Antrage geleitet habe, dies Interesse sei aber offenbar gefährdet, wenn über ein städtisches Institut so erhebliche Klagen geführt würden. Herr Kaseburg erwähnt, daß die Hälfte seiner Leute schon bei Petroleumbeleuchtung arbeite und auch die andere Hälfte ihn dringend gebeten habe, das Gas abzuschaffen. Hr. Haker hebt hervor, daß auch die Stadt Stralsund bei gleich hohen Gaspreisen wie hier, bereits erhebliche Einbuße erlitten habe. Herr Stadtrath Bock führt aus, daß die Zunahme des Gaskonsums nie erheblicher als in den letzten Monaten gewesen sei, worauf Hr. Dr. Wolff erwidert, daß hierin nur ein scheinbarer Widerspruch mit den Anführungen der Vorredner liege. Die Besitzer einer Menge neu entstandener Läden liebten es bekanntlich, namentlich in der Weihnachtszeit den möglichsten Gasglanz zu entwickeln; verschwänden demnächst diese Läden wieder eben so schnell, wie sie entstanden wären, so würde sich auch der Gaskonsum eben so schnell wieder vermindern. Schließlich wurde der Antrag des Herrn Dr. Meyer angenommen. — Herr Rechnungsrath Steinicke berichtete über die erfolgte Prüfung einer ganzen Anzahl von Jahresrechnungen pro 1867; es wurde überall die Decharge-Ertheilung beantragt. Aus der Rechnung der Gasanstalt ist zu bemerken, daß ein Ueberschuß von 50,480 Thlr erzielt ist und daß die Tantieme des Direktors Kornhard 1603 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. betragen hat. — Es wird beschlossen, das Verkaufsrecht bezüglich des für 3100 Thlr. verkauften Maschinenmeister Lentz'schen Grundstückes in Pommerensdorfer Anlagen nicht auszuüben. — Die Gesuche des Bierverlegers Devantier und des Restaurateurs W. Bausch wegen Entbindung von dem Amte eines Armenpflegers wurden, als der gesetzlichen Begründung ermangelnd, abgelehnt, dagegen ein Gesuch des Hauptlehrers an der Lukas-Schule, Schneider, welcher bereits das Amt eines Schiedsmannes verwaltet, genehmigt und der Mostrich-Fabrikant Reichenbecher zu seinem Nachfolger gewählt. — Von der Königlichen Polizeidirektion ist dem Magistrat mitgetheilt, daß die Räumung des Pulvermagazins in Bastion IX von allen Vorräthen erfolgt sei. — Vom Magistrat ist ein Projekt wegen anderweiter Abgrenzung der Stadtbezirke vorgelegt, indem die bisherige Eintheilung sich in vielfacher Beziehung als unzweckmäßig erwiesen hat. Nach demselben soll die Stadt, die jetzt 21 Bezirke zählt, künftig in 24 Bezirke eingetheilt, wodurch auch mehrfach Aenderungen in den Schiedsmanns-, Armenbezirken ꝛc. nothwendig werden. Die Versammlung erklärte sich mit der Vorlage einverstanden. — Die Verpachtung von 4 Ackerparzellen des ehemaligen Gutes Petrihof hat eine jährliche Mehreinnahme von 25 Thlr. 5 Sgr. ergeben und wird den abgegebenen Geboten der Zuschlag ertheilt. — Der Wunsch des Herrn Schultz, seine Badeanstalt auf der Unterwiek nach der sogenannten Freistade zu um 6 Fuß zu vergrößern, wird von verschiedenen Seiten unter der Annahme, daß eine derartige Vergrößerung den Verkehr beenge, bekämpft und deshalb nach dem Antrage des Herrn Dr. Meyer eine Kommission von 4 Mitglieder zur näheren Prüfung des Projektes gewählt. — Der Zimmermeister Kämmerling hat beantragt, seine Badeanstalt an der neuen Oderbrücke stromabwärts durch Anlage eines Herrenbassins von 54′ Länge und 51′ Breite vergrößern zu dürfen. Die Wasserbau-Inspektion hat so wenig in strom- als schifffahrtspolizeilicher Beziehung gegen den Antrag etwas zu erinnern gefunden und erklärt sich die Versammlung nach dem Vorschlage des Magistrats mit der Erweiterung unter der Bedingung widerruflich einverstanden, daß Herr Kämmerling eine jährliche Rekognitionsgebühr von 10 Thalern entrichtet. — Nach dem Resultat der neuerdings stattgehabten Vermiethung der Läden im städtischen Budenhause pro 1. April 1869 bis 1872 erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Läden Nr. 1, 2, 3, 7, 10, 11, 12—13, 14, 15—16 nochmals zum Aufgebot kommen, da für dieselben keine annehmbaren Miethsgebote gemacht sind. Dabei soll das Miethes-Minimum für den Laden Nr. 1 auf 100 Thlr., für jeden der übrigen Läden auf 120 Thlr. pro anno festgesetzt werden. Bezüglich der für die Läden Nr. 4, 5, 6, 8 und 9 gebotenen Miethen wird der Zuschlag ertheilt. — Der Gutsbesitzer Germershausen hat sich bereit erklärt, 56 Morgen zu seinem Gute Scheune gehöriger Wiesen gegen 30 Morgen beim Dorfe Güstow belegenen städtischen Wiesen umzutauschen. Der Referent, Herr Gräber, empfiehlt aus verschiedenen Rücksichten die Genehmigung dieses Tauschprojektes und erklärt sich die Versammlung mit der Maßgabe einverstanden, daß Herr Germershausen die Kosten der Vermessung und Kartirung der Wiesen, sowie des Kontraktsabschlusses trägt. — Bekanntlich hat die Stadt das Gut Cavelwisch mit den Pertinenzien Schützenwerder und Enge Oderkrug käuflich erworben. Auf Grund einer stattgehabten Lokalbesichtigung schlägt die Oekonomie-Deputation (womit der Magistrat übereinstimmt), nun vor: 1) das Gut bis zum 25. März d. J. durch den bisherigen Administrator Reinhardt, gegen 500 Thaler Jahres-Gehalt bei freier Station, für städtische Rechnung verwalten zu lassen; 2) die zu Schützenwerder und Engen Oderkrug gehörigen Wiesenflächen von 570 Morgen, deren Kaufwerth auf 37,200 Thlr. veranschlagt wird, vom Hauptgute abzuzweigen und für die Stadt dauernd zu behalten; 3) das Gut Cavelwisch, welches dann außer den Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden, sowie dem Kruggrundstück und der Ziegelei noch ein Areal von 583 Morgen umfaßt, Mitte Februar k. J für den Minimalpreis von 45,000 Thlr. zum Verkauf zu stellen und bei entsprechendem Gebote das Gut zu Marien 1869 zu übergeben. Dabei soll der Käufer die Rubrica III. Nr. 1 für die Militär-Wittwenkasse eingetragenen 28,000 Thlr. als Selbstschuldner übernehmen, den Rest des Kaufgeldes aber baar auszahlen. Der Enge Oderkrug ist auf 1200 Thlr. tarirt, wovon die Hälfte baar gezahlt werden muß, wogegen der Rest zu 5 pCt. verzinslich 5 Jahre ungekündigt stehen bleiben soll. Die Versammlung stimmte diesen vom Herrn Stadtrath Hempel befürworteten Vorschlägen nach kurzer Debatte durchweg zu.

— Von der großen Beliebtheit, welcher sich die Sinfonie-Konzerte der Orlin'schen Kapelle beim hiesigen Publikum erfreuen, lieferte der äußerst zahlreiche Besuch des gestrigen Konzertes wiederum einen sprechenden Beweis. Außer der mit besonderer Präzision exekutirten F-dur-Sinfonie (Nr. 8) von Beethoven, war es im zweiten Theile besonders der zarte Vortrag des „Liebesliedchen" von Taubert und der „Weihnachtsklänge" von Bradsky (für Saiten-Instrumente), welcher anhaltenden Beifall hervorrief. Mit der ihm eigenen Liebenswürdigkeit entsprach Herr Kapellmeister Orlin bereitwillig dem Wunsche wegen Wiederholung des Vortrages der erstgedachten Piece.

— Nach dem neuesten „Militär-Wochenbl. ist: Rodenacker, Kapitän-Lt. von Sr. Maj. Korvette „Vineta," der rothe Adler-Orden 4. Kl., Donner, v. Kall, Kapitän-Lts. von derselben Korvette, der Königl. Kronen-Orden 4 Kl., Rux, Ober-Bootsmann, Willatowski, Ober-Maschinist, Eggebrecht, Zimmermann von derselben Korvette, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Bei den Berathungen über die Errichtung eines Kredit-Instituts für Neu-Vorpommern und Rügen ist, wie die „Bank- u. Hdls.-Ztg." meldet, die Verbindung von Stadt und Land abgelehnt worden. Der zur Ausarbeitung eines Entwurfes niedergesetzten Kommission ist dagegen zur Erwägung gegeben worden, ob der eventuelle Anschluß des zu errichtenden Instituts an die Landschaft von Altpommern in Aussicht zu nehmen wäre. Die Kommission ist zugleich ermächtigt worden, mit der Landschaft über den eventuellen Anschluß in Berathung zu treten. Die Mitglieder der Kommission sind: Professor Becker-Greifswald, Ober-Regierungsrath v. Hagemeister-Stralsund, Kammerherr v. Behr-Schmoldow, Landrath a. D. v. Hagenow-Langenfelde und Rechtsanwalt v. Bahl-Greifswald.

— In Uebereinstimmung mit einer Bestimmung in der Verordnung vom 4. Juli d. J. wegen der Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes ist angeordnet worden, daß auch in den Rang- und Quartierlisten der Linientruppen und ebenso in den Personalberichten der Offiziere u. s. w. sowohl des stehenden Heeres als des Beurlaubtenstandes in der Rubrik „Dienstzeit" die Kriegsjahre nur einfach zu rechnen sind; dagegen sind in der Rubrik „Feldzüge" diejenigen Feldzüge, welche für den Betreffenden nach Maßgabe der hier in Betracht kommenden Bestimmungen bei Pensionirung ꝛc. Vortheile bieten, unzweifelhaft als Kriegsjahre doppelt in Anrechnung zu bringen. Was nun die Führung der Mitglieder des Sanitätskorps in den Ranglisten der Truppentheile ꝛc. betrifft, so ist die früher deshalb ergangene Verfügung jetzt dahin abgeändert worden, daß fortan von Unterärzten nur die des aktiven Dienststandes aufzunehmen sind.

— Heute früh wurde ein vom Rosengarten kommender, mit einem ziemlich schweren Sacke beladener Mensch, in der Heiligengeiststraße vom Wächter angehalten. Der Träger hatte nicht Eiligeres zu thun, als seine Bürde abzuwerfen und die Flucht zu ergreifen, und entkam auch glücklich in der Richtung nach dem Schneckenthore zu. Wie sich ergab, enthielt der Sack Kaffee, der wahrscheinlich irgendwo gestohlen ist.

— Am Donnerstage werden zwei schon in vielen anderen Orten mit großem Beifall aufgenommene Lustspiele unseres Mitredakteurs Herrn Rudolph Hahn auch über unsere Stadtbühne gehen. Es sind dies „Der Bilderhändler" und „Vetter und Basen". Wir laden unsere geehrten Leser ein, den Leitartikel einmal bei Seite zu legen und lieber sich mit uns an beiden Werken zu erholen.

Stargard, 16. Dezember. Gestern früh um 8 Uhr brach in der Scheune des Ballenstedtschen Bauerhofes in Zarzig Feuer aus, welches bald auch das Wohnhaus und das benachbarte Vettersche Gehöft in Asche legte. Dank den braven Bemühungen des Mühlenbesitzers Herrn Beckmann gelang es, weiterem Umsichgreifen des Feuers, das bei den zahlreichen, in der Ortschaft noch vorhandenen Strohdächern beinahe unvermeidlich erschien, vorzubeugen. Ein junger Knecht soll kurz vor Ausbruch des Feuers in der Scheune zu thun gehabt haben. — Wie wir erfahren, hat der Knecht, ein 16jähriger Bursche, noch im Laufe des Nachmittags eingeräumt, daß er das Feuer, und zwar aus Rache wegen einer von seinem Dienstherrn empfangenen Strafe, böswillig angelegt habe.

Theater-Nachrichten.

Stettin. (Stadttheater.) Das zweite Gastspiel des Herrn Hallermaier als Manrico in dem „Troubadour" bestätigte im Ganzen unsere schon ausgesprochene Ansicht. Die Stimme leidet noch unter dem Einfluße des ungewohnten Klimas, ist aber bereits auf dem Wege, sich von demselben zu befreien. Die Mittellage ist schön und klangvoll, die Höhe dagegen nicht bedeutend. Wir sind begierig, ihm in einer deutschen Oper zu begegnen, die für alle ähnlichen Stimmen meist sehr viel besser liegen als die italienische Musik, und hoffen, daß unser Gast auch hierin das Hauptfeld seiner Thätigkeit sich suchen werde. Vor allem aber muß er sich vor einer Ueberanstrengung der Stimme hüten, die in sehr starkem forte an Schönheit oft verliert, wie z. B. in der Arie „Lodern zum Himmel, seh' ich die Flammen", in der auch das Spiel uns übertrieben vorkam. Im übrigen gab sich der Künstler große Mühe und erzielte damit auch Erfolg, wenngleich die Töne bisweilen nicht hinreichend rein hervorkamen. Etwas mehr Sorgfalt hier und weniger Mühe die Stimme stark zu machen, hätte nach unserer Ansicht denselben noch erhöht. Die andern Sänger sind bekannt, Frl. Barn, die sich in ihre Rolle noch tüchtig einstudirt hatte, ist wohl die beste Leonore, die wir bis jetzt hier hörten, und auch Hr. Brandes hat sich in den Grafen Luna so hineingesungen, daß diese Partie ebenfalls zu seinen besten zählt. Auch Hr. Heim war gut, dagegen sang Hr. Bagg ganz gegen seine sonstige Gewohnheit unrein.

Landwirthschaftliches.

Mittel gegen die Lungenseuche beim Rindvieh. Die einzige Kuh einer Frau auf dem Lande wurde, als im Orte die Lungenseuche grassirte, ebenfalls davon ergriffen und konnte nicht mehr aufstehen. Da wurde der Kuh ein Tuch über den Kopf gezogen und unter demselben auf einer Kohlenpfanne gestoßenes gelbes Pech, wie es die Seiler führen, verbrannt. Diese Räucherung wird 3—4 Mal am Tage wiederholt und schon nach zwei Tagen zeigte sich eine merkliche Besserung. Das einfache Mittel wurde darauf mit gleich günstigem Erfolge auch von Anderen angewandt. — Auch bei lungenkranken, auszehrenden Pferden soll dasselbe schon sehr günstig gewirkt haben. Die Sache ist leicht ausführbar und kann daher ohne Umstände versucht werden. Doch muß man die Räucherung eine Zeit lang fortsetzten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Dezbr. Witterung: trübe und regnig. Wind SW. Temperatur + 4° R.

Weizen unverändert, pr. 2125 Pfd. gelber inl. 66 bis 69 Rt., feinster 69½ Rt. bez., bunter 66—68 Rt., weißer 69—71 Rt., ungarischer 59½—61½ Rt. bez., 83—85pfd. pr. Dez. 69 Rt. nom., Frühj 69½, 69, 69¼ Rt. bez., Mai-Juni 70½ Rt. Br.

Roggen still, per 2000 Pfd. loco 50½—51½ Rt., feinster 52—52½ Rt. bez., per Dezember 52, 51¾, ¼ Rt. bez, Dezember Januar 50¾ Rt. Br., Frühj. 51¼, 51 Rt. bez., Mai Juni 51½ Rt. bez.

Hafer pr. 1300 Pfd. loco 32½—33½ Rt., 47 bis 50pfd. Frühjahr 34 Rt. Br. u. Gd.

Erbsen Frühj. Futter 57½ Rt. Gd.

Rappkuchen loco 2¼ Rt.

Rüböl behauptet, loco 9¼ Rt. Br., per Dezbr. 9 1/12 Rt. bez. u. Gd., Januar-Februar 9⅛ Rt. Gd., April-Mai 9 7/12 Rt. bez. u. Br., August-Septbr. 9¾, ⅚ Rt. bez. u. Br, Sept.-Oktober 9⅚ Rt. bez. u. Br.

Spiritus still, loco ohne Faß 15 1/24 Rt. bez, Dezember 15 Rt. nom., Dezember-Januar 14 11/12 Rt. bez. u. Gd., Januar-Februar 15 1/12 Rt. Gd., Febr.-März 15⅓ Rt. Br. u. Gd., Frühj. 15⅔ Rt. bez. u. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen 69, Roggen 51½, Rüböl 9 1/12, Spiritus 15

Landmarkt.

Weizen 60—70 Rt., Roggen 50—54 Rt., Gerste 44—50 Rt., Hafer 32—35 Rt., Erbsen 57—60 Rt., Heu 15—20 Sgr. pr. Ctr., Stroh 7—9 Rt.

Berlin, 16. December. Staatsschuldscheine 81½. Staats-Anleihe 4½% 93¾. Pomm. Pfandbriefe 83½. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 130¼ Meckl. Eisenbahn-Aktien 74. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 192⅛. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾. Oesterr. National-Anleihe 54. Oesterreichische Banknoten 84½. Russ. Noten 83⅛. Amerikaner 6% 79⅜ Hamburg 2 Mt. —. London 3 Mt. —. Paris 2 Mt. —. Wien 2 Mt. 84. Petersburg 3 W. 92. Cosel-Oderberger 113⅜. Lombarden 111½.

Weizen still, per Dezember 64, April-Mai 62. Roggen matt, per Dezember 49⅞, ¾, Dezbr.-Januar 50⅛, ⅝, per April-Mai 50½, ¼. Rüböl 9 5/12, loco 9 1/24, ¼, per Dezember 9⅔. Spiritus matt, loco 15 5/12, pr. Dezbr. 15 7/12, 11/24, Januar-Februar 15½, 11/24, pr. April-Mai 16 1/12, 16. Petroleum —. Hafer pr. Frühjahr 31½.

Stettin, den 16. December.

Hamburg	6 Tag.	150½ bz
„	2 Mt.	149¼ bz
Amsterdam	8 Tag.	141¾ G
„	2 Mt.	141⅜ bz
London	10Tag.	6 24½ bz
„	3 Mt.	6 25 bz
Paris	10 Tg.	81 bz
„	2 Mt.	80⅔ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
„	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl.5457	4½	94 B
„ „	5	102½ bz
St.-Schldsch.	3½	81¾ B
P. Präm.-Anl.	3½	118½ B
Pomm. Pfdbr.	3½	75½ bz
„ „	4	84 B
„ Rentenb.	4	90 bz
Ritt. P.P.B.A.	4	87½ B
Berl.-St. E. A.	4	130½ bz
„ Prior.	4	—
„ „	4½	—
Starg.-P. E.A.	4½	94 bz
„ Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92½ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	100 B
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	—
Pr. See-Assecuranz	4	100 bz
Pomerania	4	116 G
Union	4	110 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff. V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	—
Germania		101 B
Vulkan		—
St. Dampfmühle	4	110 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—